

Greenplease Tschernobyl Extra

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

20 Jahre nach Tschernobyl

Themen in dieser Ausgabe:

Die Chronik des Super-GAU mit vielen Links zu Videodokumenten und Informationen.

Der 26. April 1986 – unsere Erinnerungen an den Tag der Reaktorexlosion.

Berichte aus der Lokalpresse nach dem Reaktorunfall.

Die Energiewende vor Ort: wo sind Entwicklungen, welche Hemmnisse gibt es?

In dieser Ausgabe:

20 Jahre nach Tschernobyl	1
Die Tschernobyl-Chronik	2
Atomkraft ohne Perspektive	3
Der GAU! Wo warst Du?	4
Presseschnipsel aus Gladbeck	6
Wo ist die Energiewende vor Ort?	8
Atomkraftwerke in Deutschland	12

Am 26. April 1986 explodierte das Restrisiko der Atomtechnologie.

Es war nicht nur der GAU für die Menschen in der Ukraine und Weißrussland, deren Gesundheit und Lebenswelt zerstört wurden. Es war auch der GAU für jenen Machbarkeitswahn, der die Risiken der Atomenergie immer wieder herunter geredet und geleugnet hatte – bis die Strahlenwolke in den Tagen nach Tschernobyl Europa überzog.

Die Bilanz des schrecklichen Ereignisses: 400.000 Menschen müssen dauerhaft umgesiedelt werden. Bis zu 100.000 Menschen sterben, viele erkranken schwer.

20 Jahre nach Tschernobyl haben die Gefahren der Atomenergie eher noch zugenommen. Großunfälle sind nach wie vor möglich, die Endlagerung des Jahrtausende strahlenden Atommülls bleibt ungeklärt. Die Anschlagsgefahr sowie die Bedrohung durch terroristischen Schmuggel sind gestiegen.

Rot-Grün hat gehandelt und

gesetzlich geregelt, dass bis 2020 alle Atommeiler vom Netz gehen müssen: die alten zuerst. Die schwarz-rote Regierung hat zwar vereinbart, am Ausstiegsbeschluss festzuhalten. Doch aus der Union und den großen Energieunternehmen kommen Forderungen,



die Nutzung der Atomkraft zu verlängern, gar neue Atomkraftwerke zu bauen.

Die Atomwirtschaft, Union und FDP machen gegen den Atomausstieg mobil. Hohe Ölpreise und die Erdgaskrise nehmen sie zum Anlass, um die Stimmung zu wenden: für einen „Ausstieg aus dem Atomausstieg“. Die Stromkonzerne fordern ungeniert längere Lauf-

zeiten für ihre alten Anlagen. Sie sehen die Chance, weitere Investitionen zu umgehen und ihre Monopolgewinne zu steigern. Doch die Argumente der Atomfreunde halten einer Überprüfung nicht stand:

- Atomkraft ist lebensgefährlich und nicht beherrschbar.
- Sie macht uns abhängig von knappen Rohstoffen.
- Sie ist viel zu teuer und trotz Milliardensubventionen nicht wettbewerbsfähig.
- verlängerte AKW-Laufzeiten erhöhen die Risiken und blockieren gleichzeitig den Ausbau zukunftsfähiger Alternativen.
- Die Endlagerung des strahlenden Atommülls ist völlig ungeklärt und belastet kommende Generationen auf tausende von Jahren.

Wir brauchen eine Welt ohne Atomkraft und müssen deshalb all unser Know-how, unsere Kreativität in Strategien der Effizienz, des Einsparens und in alternative Energien setzen. Die endlose Katastrophe von Tschernobyl muss uns antreiben, das Mögliche Realität werden zu lassen. Atomkraft – Nein danke! Nie wieder Tschernobyl.

Die Tschernobyl-Chronik

**Atomkraftwerk Tschernobyl,
26. April 1986, 1 Uhr, 23
Minuten, 40 Sekunden.**

In dem 120 Kilometer nördlich von Kiew gelegenen sowjetischen Atomzentrum gerät ein Testzyklus außer Kontrolle. Eine nukleare Kettenreaktion baut sich auf, die durch nichts mehr zu stoppen ist. Der Reaktor explodiert und gerät in Brand. Gewaltige Mengen Radioaktivität, 200 Mal so viel wie bei den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, gelangen in die Umwelt.



Der geborstene Reaktor

→ [Video: „Flug über den zerstörten Reaktor“](#)

Liquidatoren

Ein Heer von Menschen, Feuerwehrleute und zwangsrekrutierte junge Männer, wird eingesetzt. Sie holen die Kohlen aus dem atomaren Feuer. Ausgerüstet mit Schaufeln und Arbeitshandschuhen versuchen sie, den Brand auszutreten – anfangs sogar ohne Schutzanzüge. Später räumen sie die Unglücksstelle auf und sichern die Ruine durch eine Ummantelung.

Die Strahlung ist mörderisch. Einige überleben nur kurze



Eingesetzte Liquidatoren zur Räumung der Unglücksstelle

→ [Video 1: Arbeiter auf dem Dach](#)

→ [Video 2: Hubschraubereinsatz](#)

→ [Video 3: Im Basement](#)

Zeit, andere schleppen bis heute die Folgen der Strahlung mit sich herum. Etwa 800.000 Liquidatoren sollen es insgesamt gewesen sein. Wie viele dieser "Helden von Tschernobyl" an den Schädigungen durch ihren Einsatz leiden oder gestorben sind – darüber streiten Fachleute bis heute.

Desinformation

"Die sowjetischen Kraftwerke sind die sichersten der Welt." Lange versuchen die sowjetischen Behörden, die Katastrophe zu vertuschen. Als es nicht mehr anders geht, wird beschönigend "eine Havarie" eingestanden – die Lage sei unter Kontrolle. Desinformation verlangsamt auch die Rettungsmaßnahmen. Viel zu spät beginnen energische Gegenmaßnahmen am Reaktor, mit folgeschwerer Verzögerung kommt die Evakuierung der Bevölkerung im Einzugsbereich des Katastrophenreaktors in Gang.



Meldung im sowjetischen Fernsehen

→ [Sowjet. Nachrichten](#)

Wind und Regen

Wetterprognosen – im April 1986 haben sie existenzielle Bedeutung. Wohin werden Wind und Regen den radioaktiven Fallout tragen? Der strahlende Cocktail aus Cäsium, Strontium und weiteren Isotopen bedroht ganz Europa. Am Ende verteilt sich die Hauptlast auf den Süden Weißrusslands, den Norden der Ukraine und die angrenzenden Gebiete Russlands. Am härtesten betroffen ist die Gornj-Rajon nördlich von Tschernobyl. Die mit mindestens einem Curie Cäsium 137 pro km² belastete Fläche ist so groß wie Österreich und die Schweiz zusammen.

Unfassbar



Der Schock kommt auch in Deutschland erst mit einiger Verzögerung an. Die Bauchredner der Atomlobby reagieren mit dem eingeübten Verharmlosungsreflex: "Atomkraft ist sicher." Offizielle Stellen in Deutschland sehen zunächst keinen Anlass für konkrete Verhaltensempfehlungen und Warnungen – Ruhe bewahren. In der Bevölkerung wächst die Angst.

Wer nicht fühlen kann, muss messen

In den höheren Luftschichten zirkulieren bald auch über Westeuropa radioaktiv belastete Wolken. Niederschläge verteilen den Fallout. Man sieht ihn nicht, man riecht ihn nicht, man schmeckt ihn nicht. Aber er ist da. Und er ist eine Ge-



„Was dürfen wir noch essen?“, fragt die BUNTE nach dem Tschernobyl-GAU

fährdung. Eine Unbedenklichkeitsgrenze gibt es bei radioaktiver Strahlung nicht. An vielen Orten in der Bundesrepublik finden sich plötzlich Strahlungsmesslabors. Angesichts der anfänglichen Untätigkeit offizieller Stellen hilft sich die Zivilgesellschaft selbst.

Vorsichtsmassnahmen

Kinder nehmen alles in den Mund. Wenn sie nun auf einem kontaminierten Spielplatz verstrahlte Erde in den Körper aufnehmen? Ein Albtraum. Stadtväter lassen – nur zur Vorsicht – öffentliche Spielplätze sperren, den Sand untersuchen und gegebenenfalls austauschen. Sollen die Kinder jetzt auch nicht mehr im Garten spielen, zumindest die ganz kleinen? Messungen von Lebensmitteln legen es nahe, Wild und Pilze zu meiden. Sie scheinen das radioaktive Material in den Wäldern regelrecht einzusammeln.

Mehrheit gegen Atom

Spätestens jetzt ist es entschieden: Die Deutschen wollen (Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

len keine Atomkraftwerke. Der GAU, der größte anzunehmende Unfall, ist keine abstrakte Größe der Versicherungsmathematik mehr. Er hat jetzt einen Namen – Tschernobyl. Nach der Katastrophe wird in Deutschland kein einziges AKW mehr genehmigt. Als Jahre später die erste rot-grüne Bundesregierung mit der Energiewirtschaft den Atomausstieg vereinbart, kann sie auf eine stabile Zustimmung in der Bevölkerung bauen.

Hilfe wird immer schwieriger

Auch im Jahr 20 nach der Katastrophe reißt die Hilfe nicht ab. Zahlreiche Initiativen in Europa laden Kinder aus der besonders belasteten Region zu Ferienaufenthalten ein, besuchen diese Gegend und versorgen die Bewohner mit Hilfsgütern. Nicht zuletzt halten sie die Erinnerung wach. Doch im autokratisch regierten Weißrussland sind Hilfsorganisationen aus Westeuropa nicht gern gesehen. Hilfsgüter für die Tschernobyl-Region sollen sie bei der Regierung abgeben. Sie wisse am besten, wer bedürftig sei. Ferienaufenthalte von Kindern aus der verstrahlten Region bei deutschen Familien versucht das Regime noch heute zu erschweren.

Opfer

Von der ausgetretenen Radioaktivität trugen schätzungsweise



Die Folgen von Tschernobyl

→ [IAEA-Video „Chernobyl: The True Scale Of The Accident“](#)

→ [Video: Die Opfer von Tschernobyl](#)



Die Geisterstadt Pripyat

→ elanafilatova.com



→ [Video 1: Evakuierung von Pripyat](#)

→ [Video 2: verlassener Fahrzeugpark](#)



se sieben Millionen Menschen Schäden davon, heißt es in einer AP-Meldung von 2004. Nach offiziellen Angaben starben 31 Menschen an den unmittelbaren Folgen des Unfalls. In der Umgebung des Unglücksreaktors häufen sich bis heute Krebserkrankungen und Missbildungen.

Ein bisschen Krebs

Durch ihre zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um Irans Atomprogramm ist die IAEO 2005 in den Blickpunkt gerückt. Nicht so berühmt ist ihr Wirken bei der Aufarbeitung der Tschernobyl-Katastrophe. Sie will als anhaltende Gesundheitsbelastung lediglich eine leicht erhöhte Rate von Schilddrüsenkrebs gelten lassen. Kein großes Problem, der sei heute gut zu behandeln. Ähnlich die UNO – für die Weltorganisation ist Tschernobyl kein Thema mehr.

Neue AKW in der Ukraine?

Russische Gaslieferanten legen der Ukraine 2005 die Dauerschrauben an und drehen zwischenzeitlich den Gashahn ab. Kiew reagiert: Um die Abhängigkeit vom Gas zu verringern, plant die Regierung den Bau neuer AKW. "In den neu gebauten Atomkraftwerken werden wir die Kapazitäten erhöhen müssen", so Ministerpräsident Jechanurow (laut ntv vom 06.01.2006).

Pripyat - Geisterstadt

Eine Stadt mit vormals 50.000 Einwohnern, gebaut für die Arbeiter des Atomkomplexes von Tschernobyl – nur vier Kilometer von ihrem Arbeitsplatz entfernt. 2006 ist Pripyat verlassen. Die Strahlenbelastung ist zu hoch, als dass hier jemand leben könnte. Pripyat bleibt ein Freilichtmuseum sowjetischer Baukultur, bis die

Natur sich das Terrain zurückerober hat.

Tschernobyl plus 20

"Erinnern für die Zukunft" – unter diesem Motto veranstalten die Böll-Stiftung, unsere Bundestagsfraktion sowie die Grünen im Europäischen Parlament gemeinsam mit ukrainischen Umweltgruppen vom 23. - 25. April 2006 eine internationale Konferenz in Kiew.

Atomkraft ohne Perspektive

20 Jahre nach Tschernobyl unternommen interessierte Kreise erneut den Versuch, die Atomkraft als Energiequelle der Zukunft hinzustellen. Wie tragfähig sind ihre Argumente?

Von Reinhard Loske

Am 26. April 1986 löst eine außer Kontrolle geratene Kettenreaktion im Block 4 des ukrainischen Atomkraftwerks Tschernobyl eine gewaltige Explosion aus. Mehrere zehntausend Menschen aus der nächsten Umgebung werden sofort evakuiert. Die Strahlung breitet sich innerhalb weniger Tage bis nach Westeuropa aus. Sie kontaminiert Städte, Dörfer, Äcker, Wiesen und Wälder. Spiel- und Sportplätze werden gesperrt. Viele Lebensmittel sind aufgrund ihrer hohen Strahlenbelastung für lange Zeit nicht mehr zum Verzehr geeignet. Die Bilanz des schrecklichen Ereignisses: 400.000 Menschen müssen wegen Verstrahlung ihrer Heimat umgesiedelt werden, mehr als 200 Gemeinden hören auf zu existieren, zahlreiche Menschen sterben, andere erkranken schwer.

Heute, 20 Jahre nach dem Atomunfall von Tschernobyl, haben die Gefahren der Atomenergie eher noch zugenommen. Geblieben sind die "alten" Probleme: mögliche Großunfälle, die ungeklärte Endlagerung des Jahrtausende strahlenden Atommülls und der potenzielle Missbrauch

von nuklearem Material für militärische Zwecke. In den letzten Jahren ist eine weitere Bedrohung wahrscheinlicher geworden: Terroristen könnten Atomkraftwerke als Angriffsziel auswählen oder Anschläge mit "dreckigen Bomben" aus vagabundierendem Nuklearmaterial planen. Die bislang bekannt gewordenen Notfallpläne der AKW-Betreiber im Falle eines terroristischen Angriffs grenzen ans Komische. Außer der Einnebelung ihrer Anlagen, etwa im Falle eines sich nähernden entführten Flugzeugs, ist ihnen noch nicht viel eingefallen.

Ausstieg und nachhaltige Versorgung...

In Deutschland hat die rot-grüne Regierung die Nutzung der Atomenergie als dauerhaft nicht verantwortlich eingestuft. Der Bundestag hat den Atomausstieg per Gesetz beschlossen. Folglich sollen bis etwa 2020 alle Atommeiler abgeschaltet werden, als erste die alten und besonders stör anfälligen. Bis 2009, so der Plan, sollen die Spitzenreiter der Störfalllisten Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B und Brunsbüttel vom Netz gehen. Für uns Grüne ist klar: Zum notwendigen Ausstieg aus der Atomkraft gehört der Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung. [...]

→ [weiter lesen im Netz](#)

Der GAU... Wo warst Du?

Wir erinnern uns an den 26. April 1986 – den Tag, an dem Tschernobyl explodierte:

Reinhard Bütikofer
(Bundesvorsitzender)

Ich hatte das Gefühl, es sei etwas Unvorstellbares geschehen, eben das, vor dem wir gewarnt hatten, machte mich zornig. Aus dem Zorn wuchs schnell die Entschlossenheit, Tschernobyl müsse das letzte Unglück dieser Art gewesen sein! Jetzt maximal den Widerstand gegen die Atomgefahr mobilisieren! Jetzt den Durchbruch erreichen für den Ausstieg!

Ich war damals Stadtrat der GAL in Heidelberg. In kürzester Zeit funktionierten wir das



GAL/Grüne Büro in ein Tschernobyl-Aktionszentrum um. Es ging nur noch um das EINE Thema. Al-

les andere spielte keine Rolle mehr. Telefon-Hotlines wurden eingerichtet, die von früh bis spät Tausenden von Bürgern die Informationen weitergaben, die wir uns von Wissenschaftlern besorgten. Welche Becquerel-Werte belasten welche Gemüse-Sorte? Sind Urlaubsgebiete betroffen? SPD-Mitglieder kamen, um im Grünen Büro bei der Info-Arbeit zu helfen. Es war eine sehr breit getragene Bewegung, die von Wut und Angst, Betroffenheit und wissenschaftlicher Sorge, von Zorn auf den beschönigenden CDU-Minister Weiser und von der Furcht getragen war, die Chance zur Umkehr, die in dieser Katastrophe lag, könne verpasst werden.

Dutzende neuer Mitglieder meldeten sich beim Kreisverband an, ohne, dass wir jemand darum gefragt hätten. In diesen wenigen Tagen nach der Katastrophe wurde der Atomausstieg in Deutschland

eine praktische Möglichkeit.

Bernd Lehmann
(Stadtverbandssprecher und Mitglied des Stadtrates)



Damals war ich 14. In meinen Erinnerungen weiß ich nur noch, dass plötzlich Jod eine wichtige Rolle zu spielen

schien. Bagger tauschten kurze Zeit später den Sand in den Spielplätzen aus. Und der Schulsportunterricht fand nur noch in der Halle statt.

Zu der Zeit wohnte ich in Meckenheim bei Bonn. Noch heute ärgern sich Verwandte von mir, dass während des Bonner Open-Air-Festival „Rhein in Flammen“, das kurz nach dem Gau im Freien statt fand, nicht vor der radioaktiven Regenwolke gewarnt wurde. So hätte sich ein satter Schauer aus der „Tschernobyl-Wolke“ über die Festival-Besucher ergossen.

Georg Laacks
(Schatzmeister und Mitglied des Sportausschusses)

Am 26. April 1986 war ich 32 Jahre alt, studierte Psychologie in Bochum und war Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Rat der



Stadt Gladbeck. Ich war alleinerziehender Vater, meine Tochter war gerade 7 Jahre alt und ging in die erste Klasse der Rentforter Josefschule.

Der 26.04.1986 war ein Samstag und wie an fast jedem Samstag habe ich mittags unbeschwert Fußball in Wittringen gespielt. Ich kann mich

erinnern, dass etwa ab Sonntag immer mehr Informationen - tröpfchenweise - durchsickerte und die Nachrichten immer mehr beherrschten. Sonntagabend (27. April) werden an der finnischen Grenze stark erhöhte Strahlenwerte gemessen. Es gab Gerüchte und Vermutungen. Ab Montag wurden zunehmend hohe Radioaktivitätswerte gemeldet. Immer mehr Vermutungen und Meldungen über einen möglichen / wahrscheinlichen GAU machten die Runde. Am Dienstag, den 29. April, gab die Sowjetunion dann einen AKW - Unfall zu und fügt in bekannter Manier hinzu: Lage stabil; alles unter Kontrolle. Das entsprach auch der Reaktion der politisch und behördlich Verantwortlichen in Deutschland. Abwiegeln, runterspielen, nicht ernstnehmen. Noch Tage nach dem Aufziehen der radioaktiven Wolke gab es keine öffentlichen Merkblätter und Warnungen.

Umso wichtiger waren die GRÜNEN und die Umweltverbände damals, die informierten und aufklärten. Auch die Geschäftsstelle von uns GRÜNEN in Gladbeck wurde damals oft angerufen: Welche Milch kann man trinken, welches Gemüse essen oder sollte man sich mit nicht radioaktiv belastetem Milchpulver eindecken? Soll man mit den Kindern wegfahren? Dürfen die Kinder draußen, insbesondere im Sandkasten spielen? Zwischen (seltener) Ignoranz, gelassenem Entsetzen über das Geschehen und völliger Hysterie gab es alle Reaktionen.

Das ist nun schon 20 Jahre her. Unfassbar ist für mich, dass das Wort der "sicheren und beherrschbaren Atomkraft" wieder die Runde macht und der Bau von neuen und die Verlängerung der Laufzeiten von alten AKWs immer salonfähiger wird. Hier braucht es auch weiterhin starke GRÜNE, um dem entgegenzuwirken.

Claudia Roth
(Bundesvorsitzende)

Am Abend der Katastrophe war ich mit Hanne-gret Hönes zum Essen in der Bonner "Provinz".



Hanne-gret war damals Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, ich Pressesprecherin. Die Nachricht vom atomaren GAU erhielt ich durch einen Anruf von Matthias Küntzel, der wissenschaftlicher Mitarbeiter war. Diese Nachricht wurde für mich wie für so viele andere zu einem tiefen Einschnitt. Die Bilder der AKW-Ruine sind in bleibender und erschreckender Erinnerung.

Von überall erhielten wir Anrufe - von schwangeren Frauen, von Öko-Landwirten, von Eltern, die sich Sorgen um ihre Kinder machten. Wir erstellten ein kleines Wörterbuch mit wichtigen Begriffen wie Fall-Out, Essen, Wolke, Regen, Halbwertszeit. Zur Information der Migranten druckten wir Flugblätter in unterschiedlichen Sprachen und schalteten Anzeigen in Zeitungen. Darin erklärten wir, warum der Salat plötzlich so billig war und warnen vor dem Kauf.

Den DGB forderten wir ohne Erfolg dazu auf, die 1. Mai-Kundgebungen nicht im Freien abzuhalten. Einige erklärten uns deshalb zu Panikmachern und verrückten Spinnern. Viele Kundgebungen fanden draußen im strömenden Regen statt - mit gefährlichen Konsequenzen.

Barbara Holt
(Mitglied des Kulturausschusses)

Ich kann mich erinnern, dass ich auf dem Friedhof war, um

(Fortsetzung auf Seite 5)

Erinnerungen an den 26.04.1986

(Fortsetzung von Seite 4)

das Grab meines Schwiegervaters zu pflegen. Plötzlich regnete es. Ich hoffe, es war kein „Tschernobyl-Regen“!

Petra Rehnert-Laacks
(Mitglied des Sportausschusses)

Der Tag selber war in diesem Zusammenhang für mich gar nicht mal so furchterregend, weil das gesamte Ausmaß der Katastrophe erst nach und nach bekannt wurde. So richtig mit der Angst zu tun bekam ich es spätestens dann, als es hieß, Kinder dürfen nicht mehr in den Sandkästen spielen. Meine Tochter Ninja war gerade 2 1/2 Jahre alt und spielte gerne im Sandkasten.



Jürgen Trittin
(stellv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion)

Der 1. Mai 1986 war ein schöner Tag. Und er war beklemmend. Denn wir wussten, dass in der Sowjetunion eine Reaktorkatastrophe passiert war. Alle fragten sich, welche Auswirkungen das für uns haben könnte. Einige hätten es besser wissen können. Schon am 30. April hatte das Isotopenlabor der Universität Göttingen eine erhöhte Radioaktivität festgestellt. Doch dies wurde nicht veröffentlicht.



Als am 2. Mai Demonstranten im Rathaus die Bekanntgabe der Mess-Ergebnisse forderten, wurden sie zurückgewiesen und unter Schlagstockeinsatz vertrieben. Auch eine

Kreuzungsbesetzung wurde so aufgelöst. An diesem Tag war der Jod 131-Wert auf das Tausendfache gestiegen. Die Tage danach regnete es – und die gemessenen Werte in den Pfützen alarmierten sogar die Feuerwehr.

Wir Grünen organisierten schließlich die Veröffentlichung auf eigene Faust, per Flugblatt und Megafon – Kontakte zu den Universitäten halfen. Ab dem 6. Mai wurden die Messwerte in Göttingen auch offiziell bekannt gegeben. Im niedersächsischen Landtag organisierten wir in der Grünen-Fraktion eine landesweite Sammlung aller Messwerte und ihre regelmäßige Veröffentlichung. Viel hatten wir mit Beratung zu tun: Dürfen Kinder noch im Sand spielen? Soll mein Kind am Schulsport teilnehmen?

Die politische Konsequenz war uns klar – jetzt konnte es nur noch um den Sofortausstieg gehen. Es erfolgte der Beschluss des Bundesparteitags in Hannover, und damit versuchten wir bei den Landtagswahlen im gleichen Jahr die CDU in Niedersachsen zu stürzen. Dies gelang erst vier Jahre später und bis zur Abschaltung eines laufenden Atomkraftwerkes in Stade mussten wir noch über 15 Jahre kämpfen. Bitter: 1986 ging das Atomkraftwerk Brokdorf, der zweitgrößte Reaktorblock der Welt, ans Netz.

Renate Künast
(Vorsitzender der Bundestagsfraktion)

Ich saß damals für die Grünen im Abgeordnetenhaus in Berlin (West). Die ersten Andeutungen alarmierten uns. Wir haben sofort angefangen, die BürgerInnen zu informieren über die Gesundheitsfragen, die folgen werden. Wir haben ihnen gesagt, sie sollen Lebensmittelvorräte anlegen, ihre Kinder nicht draußen spielen lassen. Außerdem haben

wir Druck auf den Senat und die Landesämter gemacht, damit offizielle Informationen raus gegeben werden. Im Unterschied zu den anderen Parteien wussten wir ja, was der GAU in Tschernobyl bedeutete. Es war bei aller Hektik dieser Tage beklemmend, in einer eingemauerten Stadt zu sitzen mit der atomaren Wolke über uns. Eine Abgeordnete hat es nicht ausgehalten und ist mit ihrem Kind nach Westdeutschland "geflohen".

Als ich an einem der folgenden Tage auf dem Fahrrad vom Regen erwischt wurde, habe ich alle Klamotten weggeworfen, eine halbe Stunde lang heiß geduscht und dabei strömten die Tränen.



In den ersten Tagen war die Situation surreal. Am 30. April und 1. Mai schien die Sonne und die BerlinerInnen saßen mit ihren Kindern auf den Wiesen der Stadt. Wer sich vorher nicht mit dem Thema Radioaktivität beschäftigt hat, kam gar nicht auf die Idee des radioaktiven Niederschlags auf den Wiesen und Spielplätzen. Ab 2. Mai liefen dann bei uns die Telefone heiß; die Fraktion war ein einziges riesiges Call-Center, das rund um die Uhr arbeitete. "... Was dürfen meine Kinder, was ist in der Milch, kann ich den Hund ausführen...?"

Ich war schon Jahre vorher in der AKW-Bewegung aktiv gewesen. Diese Frühlingstage 1986 haben mir aber einmal mehr klargemacht, warum die Grünen so wichtig sind. Wir waren die einzigen, die die Atomgefahr überhaupt einschätzen konnten. Die anderen Parteien haben kaum verstanden, wo das Problem liegt. Und wir bleiben in der Kontinuität: AKWs gehören abgeschaltet.

Simone Steffens
(Mitglied des Jugendhilfeausschusses)

Mit meinen damaligen 17 Jahren träumte ich davon, ein Tennisstar zu werden. Ich ging zur Schule und wohnte in Paderborn. Nachdem wenige Tage nach Tschernobyl langsam die ganze Tragweite der Katastrophe deutlich wurde, konnte ich wochenlang nicht auf meinen geliebten Aschenplatz trainieren.



Mich hat der Gau sehr beschäftigt und gemeinsam mit einer Freundin fing ich an, mich mit der Atomkraft auseinanderzusetzen. Drei Monate später sind wir bei der Grünen Jugend gelandet..

Und wo warst Du?

Schildern Sie uns Ihre Gedanken an den April 1986 und seine Folgen. Woran können Sie sich erinnern? Wie haben Sie die Katastrophe und deren Ausmaß erlebt? Wir freuen uns auf Ihre Geschichte:



→ [meine Erlebnisse](#)

Weitere Erlebnisse haben Mitglieder unserer Bundestagsfraktion festgehalten:

→ [Wo warst Du](#)

Presseschnipsel aus Gladbeck

Im Gladbecker Stadtarchiv haben wir die Reaktionen auf die Katastrophe anhand der Presseberichte der lokalen Medien recherchiert:

Samstag, 3. Mai

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) greift im Gladbecker Lokalteil am 3.05.1986, also eine Woche nach der Reaktor-Explosion in Tschernobyl, das Thema vor Ort das erste Mal auf und erkundigt sich nach der **Strahlenbelastung**.

Es wird empfohlen, bei Regen einen längeren Aufenthalt im Freien zu vermeiden! (RN, 5.05.86)

WAZ: „Südwestwind bringe Reste radioaktiver Strahlung von Bayern nach Nordrhein-Westfalen. Die Strahlenbelastung sei jedoch harmlos. Dies war die einzige Auskunft, die die WAZ nach intensivem Fragen vom **Wetteramt Essen** erhielt.“

Gefragt war nach den Auswirkungen des Reaktorunfalls in der Sowjetunion auf das Gladbecker Stadtgebiet. Doch genauere Angaben wurden nicht gemacht. Die Meteorologen waren nicht einmal bereit, ihren Namen zu nennen. Das Umweltministerium und die Leitung des Wetterdienstes haben den Meteorologen weitere Mitteilungen über mögliche Auswirkungen durch die Katastrophe in dem sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl untersagt. [...]

Gestern morgen hat die Katastrophenschutzbehörde

Recklinghausen und Umgebung keine erhöhten Werte festgestellt. [...]"

Montag, 5. Mai

Am Montag informieren auch die Ruhrnachrichten (RN) über die erhöhten Messwerte.

RN: „Auch in Gladbeck ist von erhöhten Konzentrationswerten aufgrund des Reaktorunfalls in der Sowjetunion auszugehen. An der nächstgelegenen Messstation in Essen wurde allerdings am Sonntag rückläufige Tendenz festgestellt. Nachdem die Belastung am Freitag in einzelnen Teilen des Landes noch 50 Becquerel betragen hatte, ging sie am Sonntag bis auf 7 Becquerel, gemessen in Essen, zurück.“

Obwohl gesundheitliche Schäden nach Meinung des Innenministeriums nicht zu befürchten sind, wird doch weiterhin empfohlen, Frischgemüse zu waschen, kein Regenwasser zu trinken und überhaupt **bei Regen einen längeren Aufenthalt im Freien zu vermeiden.**“

Dienstag, 6. Mai

Am Montag, dem 5. Mai, befasst sich aufgrund eines **Dringlichkeitsantrages von uns GRÜNEN** der Rat mit den Auswirkungen des Reaktorunfalls. Auf Beschluss des Rates richtet das Ordnungsamt eine **Hotline** ein, bei denen sich Bürger täglich bis 19 Uhr informieren können. Hierüber berichtet am Dienstag die WAZ.

WAZ: „[...] Nachdem tageslang von den Wetterämtern konkrete Werte über die Belastung der Luft verweigert worden waren [...], sollen

jetzt die Bürger bessere Informationen bekommen, so der Wille des Rates. Die **GRÜNEN** hatten für die gestrige Ratssitzung einen **Dringlichkeitsantrag** eingereicht. In dem Beschlussentwurf hieß es, dass die Verwaltung beauftragt wird, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der Kreisverwaltung Recklinghausen eine **Informationsstelle für die Gladbecker Bevölkerung** einzurichten. Außerdem sollte die Verwaltung an etlichen Plätzen im Stadtgebiet die Belastung von Boden und Wasser in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung ermitteln, die Bevölkerung darüber informieren und nötige Verhaltensmaßregeln bekannt geben.

In der Begründung für ihren Antrag führten die **GRÜNEN** an, dass in den letzten Tagen Bürger vergeblich versucht hatten, Informationen über die Strahlenbelastung in Gladbeck zu erhalten. 'Nach ihrer Auskunft konnten sie über die Stadtverwaltung Gladbeck und über die Kreisverwaltung keine befriedigende Auskünfte erhalten', hieß es in dem Antrag.“

Mittwoch, 7. Mai

Über die Resonanz der eingerichteten Hotline berichten beide Gladbecker Tageszeitungen:

WAZ: „[...] Bis zum Mittag hatten die zuständigen Mitarbeiter im Rathaus schon mehr als 40 Anrufe erhalten. Es bestehe also **ein großes Informationsbedürfnis** bei der Bevölkerung, teilte das Presseamt mit. Wegen der starken Nachfrage wird die

Rufnummer rund um die Uhr anrufbereit sein. Außerhalb der Dienststunden gibt ein Anrufbeantworter die neuesten Erkenntnisse weiter.“

Die RN ergänzen: „[...] Auch am Nachmittag war der Anschluss kaum zu erreichen. Im Rathaus rechnete man gestern mit **rund 100 Anrufern** über den Tag. [...]"

Beide Zeitungen beschäftigen sich mit den Folgen des Reaktorunfalls. Die WAZ berichtet

*Per Dringlichkeitsantrag forderten die GRÜNEN eine bessere Information der Bürger.
(WAZ, 6.05.86)*

über **Lebensmittelkontrollen** auf dem Gladbecker Wochenmarkt.

WAZ: „...Habt ihr auch strahlenfreie Sachen?“, wollte eine Kundin gestern auf dem Wochenmarkt wissen. Der Händler versicherte: ‚Wir haben nur strahlenfreie Sachen, denn wir verkaufen ja kein Blattgemüse aus dem Freiland.‘ Ein anderer Händler erklärte: ‚Alles, was im Zweifel zu hohe Strahlenwerte enthält, wurde schon heute morgen beim Großmarkt in Essen von den Behörden zurückgehalten.‘ Dabei handelt es sich insbesondere um Spinat und Kopfsalat. [...]"

In erster Linie untersuchen die Fachleute die beiden Gemüsesorten aus dem Freiland auf ihren **Gehalt an Jod 131**. 80 Prozent der

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)
strahlenden Atome, die in dem Gemüse abgelagert sein können, bestehen aus diesem hochgiftigen Stoff. Nach Auskunft der Behörden verliert Jod 131 aber nach höchstens drei Wochen die Hälfte seiner Strahlungskraft. Wesentlich länger besteht sie in den anderen strahlenden Stoffen Strontium und Caesium. [...]

Auf dem Wochenmarkt in Gladbeck verhielten sich die Kunden unterschiedlich. Viele zogen es vor, auf **Spinat oder Salat** gestern ganz zu verzichten und auch ein großer Teil der Treibhausware

Betreten der Fußballfelder wird untersagt. Stadtmeisterschaften müssen abgesagt werden.
(RN, 7.05.86)

blieb — zum Kummer der Händler — an den Ständen liegen.“

Die RN berichten über „zu strahlige“ Ascheplätze“:

RN: „Nachdem die Nachbarstädte Gelsenkirchen und Essen bereits am Montag ihre mit Ascheplätzen ausgestatteten Sportanlagen gesperrt hatte, zog gestern auch die Stadt Gladbeck nach: Die Platzwarte wurden angewiesen, den Schülern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr bis auf weiteres das **Betreten der Fußballfelder zu untersagen.**

Von diesem Verbot sind auch die für Donnerstag und das Wochenende terminierten **Fußballstadmeisterschaften der D- und C-Junioren** betroffen. [...] Fußballfachschaftsleiter Uli Simon: „Einzige Möglichkeit für uns wäre ein Ausweichen auf

einen Rasenplatz!“ Doch weit gefehlt — am Nachmittag wurde bekannt, dass auch das Berühren der Rasenoberfläche nach Möglichkeit vermieden werden soll. Eine endgültige Entscheidung sollte gestern Abend fallen. „Zwar darf auch die Organisation einer solchen Meisterschaft nicht vergessen werden, doch natürlich steht die **Gesundheit der Sportler im Vordergrund**“, will Helmut Koch vom Ausrichter Rot-Weiß Gladbeck keineswegs auf eine Durchführung der Titelkämpfe beharren. [...]

Donnerstag, 8. Mai

Die WAZ berichtet über den „Telefon-Marathon“ einer Bürgerin, die versucht, Auskünfte über die genaue Strahlenbelastung in Gladbeck zu gelangen.

WAZ: „[...] Leonie Koch hatte versucht, die genaue Höhe der radioaktiven Strahlung in Erfahrung zu bringen. Erste Station war für sie das Ordnungsamt. „Aber unter der in der Presse genannten Rufnummer 275-221 meldete sich nur ein Anrufbeantworter“, schilderte Leonie Koch der WAZ. [...]

„Also rief ich das Ordnungsamt in Dorsten an, das mir ohne große Sucherei die aktuellen Zahlen für Nordrhein-Westfalen nannte. Es sind 2000 - 4000 Becquerel pro Quadratmeter.“

Die WAZ befragte auch die Supermärkte nach dem **veränderten Konsumverhalten** der Bürger.

WAZ: „... Was wir sonst in einem Monat verkauft haben, geht jetzt in einer Woche weg.“ Der Leiter der Lebensmittelabteilung eines großen Warenhauses spricht über den **Absatz von Trockenmilch**. Das Unglück von

Tschernobyl zieht auch in Gladbeck seine Kreise. Übereinstimmend verzeichnen alle Lebensmittelhändler, die die WAZ befragte, einen erheblichen **Rückgang beim Verkauf von frischer Milch**. H-Milch allerdings wurde so häufig verlangt, dass einige Geschäfte schon in Liefer-schwierigkeiten geraten sind. „Sehr zurückhaltend“ verhielten sich die Kunden beim Frischgemüse. [...]

Samstag, 10. Mai

Die RN berichten über das nicht nachlassende hohe Informationsbedürfnis der Bürgerschaft und wie schwer es auch für die Verwaltung ist, an konkrete Verhaltensregeln zu gelangen.

RN: „[...] Was geschieht in Gladbeck ganz speziell? Vom Ordnungsamt sind kiloweise Bodenproben aus Kinderspiel- und Bolzplätzen entnommen, literweise Wasser vom Freibad gezogen und ein Luftfilter am Braucker Schulzentrum ausgebaut und zum TÜV in Essen zur Untersuchung geschickt worden. [...] Der Kreis hat Gemüseproben auf dem hiesigen Wochenmarkt und im Gladbecker Freilandbau gezogen. [...] Der Fuhrpark hat veranlasst, dass Proben aus dem Straßenkehricht entnommen und untersucht werden, um die Wagenbesatzung vor Schäden zu bewahren.

Das Schulamt hat seine bisherige Empfehlung, keine Schulmilch auszugeben, in ein Verbot umgewandelt. Milch gibt es natürlich auch nicht in den Kindergärten. Dort soll möglichst auch nicht draußen gespielt werden, es sei denn, unter den allgemein gebotenen Vorsichtsmaßnahmen.

Gerd Hartmann vom Hochbauamt hat gestern angeord-

net, dass alle 200 Luftfilter in 40 städtischen Gebäuden ausgewechselt werden. [...]

Das Grünflächenamt, zuständig für die Sandkästen, fragt sich zu recht, wer soll den neuen Sand für alle Sandkästen bezahlen und woher soll der neue Sand kommen. Hier will man vor weiteren Maßnahmen die Untersuchungsergebnisse abwarten. [...]

Mittwoch, 14. Mai

Die RN berichten über den Unmut des Oberkreisdirektors Rudolf Pezely über widersprüchliche Erlasse aus den

Die Lebensmittelhändler registrieren eine starke Nachfrage nach Trockenmilchpulver.
(WAZ, 8.05.86)

Landesministerien.

RN: „[...] Auf die Frage, ob nach seiner Einschätzung die Aschensportplätze im Kreis geschlossen werden sollten, sagte Pezely: „Ich bin der Meinung, dass durch **übertriebene Vorsorgemaßnahmen** unnötige Besorgnis bei den Bürgern ausgelöst wird. Wenn nun eine Stadt einen Sportplatz besitzt und will ihn unbedingt schließen, dann meinetwegen. Aber wir vom Kreis empfehlen das nicht.“

Samstag, 24. Mai

Knapp einen Monat nach dem Tschernobyl-GAU berichten die Tageszeitungen über die Abschaltung der Info-Hotline. 3000 Anrufe wurden bis dahin auf dem Anrufbeantworter gezählt.

Bei den Presseschnipseln handelt es sich nur um die ersten Auszüge!

Wo ist die Energiewende vor Ort?

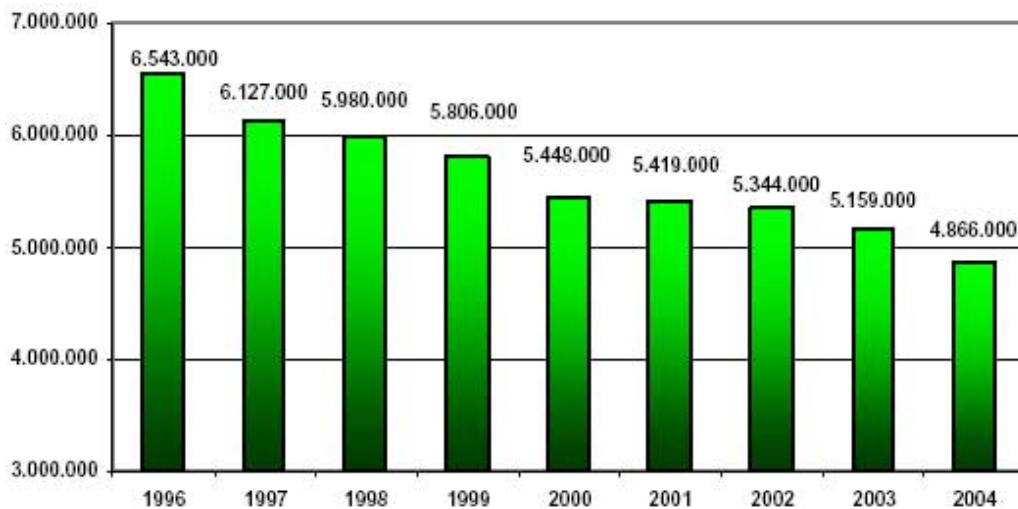
„Global denken – lokal handeln“ ist ein häufig genutzter Leitspruch der Umweltbewegung. Auch die Energiewende kann vor Ort eingeleitet und damit nationale und globale Initiativen und Prozesse unterstützt und befördert werden.

Auf Gladbecker Ebene müssen wir allerdings leider feststellen, dass das Thema „Energiepolitik“ eher stiefmütterlich von Politik und Verwaltung behandelt wird. Zwar konnten auch auf unserer kommunalen Ebene Erfolge hinsichtlich Energieeinsparung und Energieeffizienz erzielt werden, insbesondere jedoch was alternative Energieträger anbelangt, fühlt sich der Rat und die Verwaltung auf diesem Gebiet weniger gefordert. Selbstverständlich gibt es auch hier durchaus vorbildliche Referenzprojekte. Diese Nischenmaßnahmen müssen jedoch jedes Mal als Alibiprojekte erhalten, wenn eine breitere und intensivere Förderung regenerativer Energien im privaten und öffentlichen Bereich gefordert wird.

An einigen Beispielen wollen wir nachfolgend aufzeigen, wo der stete Tropfen bereits zu Erfolgen geführt hat und wo unsere Initiativen und Anträge bisher auf Desinteresse oder Ignoranz stießen und damit bisher im Sande verliefen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass Tschernobyl eben nicht nur 20 Jahre zurück, sondern von Gladbeck auch tausende Kilometer entfernt liegt und der Strom vor Ort scheinbar nach wie vor bloß aus der Steckdose kommt.

Energiebericht

Seit wir im Umweltausschuss, der 1994 durch die schwarzgrüne Mehrheit gebildet wurde, den Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden thematisiert haben, erstellt die Verwaltung hierüber einen jährli-



Entwicklung des Jahresenergieverbrauches der Gladbecker Verwaltung von 1996 bis 2004 (Quelle: Stadt Gladbeck)

chen Bericht. Hierdurch erhalten die Bürgerinnen und Bürger sowie die entscheidenden Gremien einen Überblick über die Strombedarfe der Verwaltung sowie über Energieeinsparungen der vergangenen Jahre. So hat die Gesamtverwaltung (inkl. Schulen und allen öffentl. Gebäuden) im Jahr 2004 insgesamt 4.900 MWh Elektroenergie verbraucht. Die Kosten für den Strom betragen 621.000 Euro. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Einsparung von 5,7 % (29.000 kWh) eingespart werden. Von 1996 bis 2004 konnte der Stromverbrauch sogar um ein Viertel (um 26 %) gesenkt werden. Dies entspricht 1.700 Megawatt-Stunden. Allein durch optimierte Energieeffizienz wurden damit 2.700 Tonnen des klimaschädlichen CO₂-Treibhausgases vermieden.

→ [Energiebericht 2004 \(pdf\)](#)

Schulen

Zu den größten Energieverbrauchern bei den öffentlichen Einrichtungen zählen die Schulen. Allein die Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule in Rentfort Nord verbraucht bereits 11 Prozent des Gesamtenergiebedarfs. Von daher lag es nahe, hier anzusetzen und

Einsparprojekte an den Schulen zu fördern. Hierzu beantragten wir Mitte der 90er im Schulausschuss, ein Prämiensystem an den Schulen einzuführen. Damit sollten die Schulen für einen sparsamen Umgang mit Energie belohnt werden. Von jedem Euro (bzw. damals noch von jeder DM), die durch einen geringeren Energieverbrauch eingespart wurden, sollten die Schulen die Hälfte behalten (die Schüler 45 %, der Hausmeister 5 % als Prämie). Die Gelder konnten die Schulen beispielsweise für Ausflüge und Schulprojekte nutzen. Obwohl das Modell schon in anderen Städten er-

folgreich durchgeführt wurde, zeigte sich die Verwaltung zunächst reserviert, wollte den Vorschlag „prüfen“ - enthusiastisch wurde das einfache „Win-Win-Projekt“ (also ein Projekt, von dem beide Seiten profitieren) jedoch nicht aufgegriffen. Auch hier höhlte steter Tropfen den Stein und führte letztendlich zur erfolgreichen Umsetzung des Energiespar-Konzeptes. Seitdem achten die Schülerinnen und Schüler beispielsweise darauf, dass nach Unterrichtschluss das Licht in allen Klassen ausgeschaltet ist. Energiefresser wurden aufgespürt und z.B. Energiespar-

(Fortsetzung auf Seite 9)



Vom Engagement der Schülerinnen und Schüler können Politik und Verwaltung lernen: hier die nachgeführte Photovoltaikanlage der Gesamtschule Rentfort Nord

(Fortsetzung von Seite 8)

leuchten wurden eingebaut. Der Erfolg dieser kleinen Maßnahmen hält bis heute an und hat mit dazu beigetragen, den Gesamtenergieverbrauch der öffentlichen Gebäude erheblich zu senken (siehe oben). Das Projekt vermittelt den Kindern und Jugendlichen außerdem einen verantwortungsbewussten Umgang mit Energie.

Alternative Energien

Bei der Förderung alternativer Energien in Gladbeck gibt es Licht und Schatten. So hat sich das Innovationszentrum Wiesenbusch inzwischen zum Kompetenzzentrum für Solarthermie und solare Kühlung entwickelt. Im letzten Jahr konnten hier durch die Wirtschaftsförderung zudem die Hydrogenics GmbH angesiedelt werden, die an wasserstoffbetriebenen Linienbussen forscht. Unübersehbar ist auch die große Photovoltaikanlage in Nachbarschaft des Innovationszentrums mit einer beachtlichen Spitzenleistung von 60 kW. Die Anlage erzeugt im Jahr etwa 50.000 kWh.

→ Innovationszentrum

Im Bereich der Photovoltaikanwendungen ist es auch hier wieder einmal der Nachwuchs, der Anstöße zur Energiewende in Gladbeck liefert. Auf mehreren Schuldächern wurden Solaranlagen errichtet. So zum Beispiel im Jahr 2000 auf dem Heisenberggymnasium mit einer installierten Leistung von 1 kWp und in 2002 auf der Albert-Schweizer-Schule mit einer Leistung von 3 kWp. Auf dem Dach der Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule stehen inzwischen sogar mehrere Anlagen. Die 2002 errichtete, statische Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 1 kWp wurde 2003 durch eine nachgeführte Anlage - also eine Anlage, die dem Sonnenlauf folgt - mit einer Leistung von 2 kWp ergänzt.

→ Das Beispiel Photovoltaikanlage auf der Gesamtschule



In Gladbeck gescheitert, in Gelsenkirchen erfolgreich: die Solarsiedlung

Solarsiedlung

Schatten legt sich jedoch leider häufig über die kommunale Energiewende, wenn der Erfolg vom Engagement und der Überzeugung der Verwaltung abhängig ist. Als mit der Berliner Straße das größte Neubaugebiet erschlossen werden sollte, forderten wir Grüne einen Teil des Areal als Solarsiedlung zu erschließen. Auf unseren Antrag beteiligte sich die Stadt schließlich am Landesprojekt 50 Solarsiedlung, verstand dieses Projekt jedoch scheinbar immer eher als auferlegte Pflicht, denn als reizvolle Chance. So kam es schließlich wie es kommen musste: das Solarsiedlungsprojekt wurde aufgegeben, weil die Häuser nach Ansicht der Verwaltung nicht zu vermarkten waren. An Ursachenforschung, also woran das geringe Interesse an den Häusern tatsächlich lag, war man nicht interessiert. Die Meinung war längst gebildet, dass die Solarhäuser zu teuer und unattraktiv waren.

→ Stellungnahme und Links

→ Architektenentwurf

In mittelbarer Nachbarschaft plant man in Gelsenkirchen derweil bereits die dritte Solarsiedlung. Der zuständige Projektleiter erwähnte zwar auch Vermarktungsprobleme, die es anfangs gab, an Aufgabe hätte er aber nie gedacht. Engagiert wurden hier Korrekturen an dem Architekturkonzept vorgenommen und an dem Solarsiedlungsprinzip festgehalten. Auch in Castrop-Rauxel freute man sich über das Desinteresse bei der Stadt Gladbeck, konnte man doch in den frei

gewordenen Platz im Landesförderprogramm 50-Solarsiedlungen einspringen. In Castrop-Rauxel fand gerade der erste Spatenstich für die 3-Liter-Häuser statt.

In Gladbeck bediente man sich stattdessen eines Etikettenschwindels und schuf das „Gladbecker Energiesparhaus“. Gemeinsam mit dem regionalen Stromanbietern werden hier elektrisch betriebene Wärmepumpen angeboten. Der ökologische Nutzen ist absolut zweifelhaft, der Stromanbieter freut sich aber über langfristig gebundene Kunden und wirbt daher spendabel mit Investitionszuschüssen für die Elektropumpen.

→ Kritik an Wärmepumpe

Bürgersolardächer

Ein anderer Antrag, den wir zum Thema Photovoltaik in den Umweltausschuss einbrachten, wurde erst gar nicht behandelt: „Kommunale Dächer für Solarenergie“. Mit unserem Antrag wollten wir die Verwaltung auffordern, eine Liste aller kommunaler Gebäude mit verschattungsfreien Dachflächen südlicher Ausrichtung zu erstellen und zu veröffentlichen. Gegen eine kostengerechte Verwaltungsgebühr sollten Vereine, Initiativen oder Investoren (beispielsweise ELE Ökostrom) Photovoltaikanlagen auf den veröffentlichten Dächern errichten können.

Obwohl der Ausschuss in der gleichen Sitzung das Schülersolarprojekt auf dem Dach der Ingeborg-Drewitz-Schule besichtigte und die Arbeit würdigte, wollte er unseren Antrag nur deshalb nicht beraten, weil unser Ausschussmitglied aufgrund von Terminüberschneidungen an der Sitzung nicht teilnehmen konnte. Das Lob für die Schüler wird dadurch als leeres Lippenbekenntnis entlarvt, wenn man kein inhaltliches Interesse aufbringt, weitere Projekte dieser Art zu fördern.

→ Antrag „kommunale Dächer“

European Energy Award

Um die Stärken und Schwächen der Stadt Gladbeck im Energiebereich zu eruieren, brachten wir im November 2005 den „European Energy Award“ in die politische Diskussion.

Mit dem European Energy Award wurde auf europäischer Ebene ein Programm zur Zertifizierung von Städten und Gemeinden entwickelt, das zugleich Managementsystem und Auszeichnung ist. Wichtige Bausteine sind die Bildung eines kommunalen Energieteam, die Durchführung einer Ist-Analyse anhand eines standardisierten Katalogs möglicher Maßnahmen, die Erstellung eines energiepolitischen Arbeitsprogrammes und darauf aufbauend die konkrete Projektumsetzung. Ein qualifizierter Berater steht der Kommune als Fachexperte während des gesamten Prozesses zur Seite. Hat die Kommune die klar definierten Richtwerte erreicht, erhält sie durch einen unabhängigen externen Auditor den „European Energy Award“, Spitzenreiter sogar den „European Energy Award gold“.

Regelmäßige interne und externe Kontrollmechanismen sorgen dafür, dass eine dauerhafte Optimierung des Energiebereichs in der Kommune gewährleistet und europäische Standards gesichert werden.

Während beispielsweise Städte wie Bottrop, Münster und Nottuln mit Erfolg an dem Programm teilnehmen, wiegelte die Gladbecker Stadtverwaltung ab und zeigte wenig Interesse.

→ European Energy Award

(Fortsetzung auf Seite 10)



(Fortsetzung von Seite 9)

Windenergie

Wenig Interesse scheint man auch in Sachen Windenergie zu zeigen. Und das, obwohl die Windenergietechnik in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat. 2005 konnte die Windenergie bereits fünf Prozent des Bruttostromverbrauchs decken. Betrug die installierte Leistung im Jahr 2000 noch etwa 7.000 Megawatt, so waren es Ende 2005 bereits rund 18.500 MW. Die rasche technologische Entwicklung bescherte den deutschen Herstellern und Zulieferern die Führungsrolle auf dem Weltmarkt für Windkraftanlagen. Nach Berechnungen des Deutschen Windenergieinstituts kommen weltweit über 50 Prozent aller Windkraftanlagen und ihrer Bauteile aus Deutschland. Der Export der Windkraft-Technologie macht etwa 60 Prozent des rund fünf Milliarden Euro schweren Gesamtumsatzes der deutschen Hersteller aus und sichert damit den Großteil der rund 64.000 Arbeitsplätze der Branche.

Die Preise für Windenergieanlagen und für die Produktion von Windstrom sind gleichzeitig wegen der Fertigung größerer Stückzahlen, optimierter Produktionsverfahren und effizienterer Anlagentechnik deutlich gesunken. Bereits heute sind die Produktionskosten für Strom aus Windenergie mit denen neuer konventioneller Kraftwerke vergleichbar. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass spätestens 2015 Windstrom auch an der Strombörse billiger zu haben ist als Strom aus herkömmlicher Erzeugung.

Das Gladbecker Windkraft- rad in Ellinghorst wird von dem städtischen Umweltreferat regelmäßig als beispielhaft aufgeführt. Als Referenzobjekt war es u.a. Bestandteil der Klimastaffeltour, zu der der Bürgermeister vor wenigen Jahren den Startschuss gab. Als der Betreiber der in die

Jahre gekommen Anlage diese jedoch durch ein moderneres, effizienteres Windkraft- rad ersetzen wollte, löste das bei Politik und Verwaltung die typischen Reflexe aus. Als der Bauantrag für die neue 2 MW-Anlage schon vorlag, beschloss der Rat gegen die Stimmen der GRÜNEN die Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans, um das Projekt „kaputt zu schlagen“ (ein Zitat des CDU-Bauministers Oliver Wittke).

Ursprünglich musste die Lärmbelästigung und die Verschattung als Argument gegen die Millioneninvestition in Nachbarschaft der Flachglasschornsteine herhalten. Als aber der



Die Windenergie wird in Gladbeck als Alternative hart bekämpft!

Anlagenbetreiber nachwies, dass die neue, modernere Anlage sogar leiser ist als das bestehende Windkraft- rad und über eine Abschaltungsautomatik verfügt, sobald es zur Verschattung benachbarter Wohngebäude kommt, musste man sich anderer Ausreden bedienen. Jetzt muss die Naherholung herhalten, die durch das nächtliche (!) Leuchtfeuer an der Rotorennarbe beeinträchtigt würde.

So geben Verwaltung und Ratsmehrheit vor, die Windenergie durch sogenannte Konzentrationszonen fördern zu wollen. In Wahrheit will man aber durch Auflagen wie etwa einer Höhenbegrenzung den Bau von Windkraftanlagen in Gladbeck verhindern. Getreu nach dem Motto „Energie- wende schön und gut. Aber bitte woanders“. Dabei könn-

ten 350 Anlagen dieser Art (verteilt im Lande) ein kleines Atomkraftwerk, wie es angeblich die Türkei gerade plane, ersetzen. In Gladbeck könnten wir hierzu mit dieser einen Anlage einen Beitrag leisten.

→ [Repowering in Ellinghorst](#)

Biomasse

Einen Beitrag zur Energieerwirtschaftung könnte auch die Biomasse leisten. Die Emischer-Lippe-Region ist eine von fünf Modellregionen in ganz Deutschland, die an dem Bundesprojekt „BioRegion“ teilnimmt. Im Rahmen des Bio- regio-Projekts soll die Umset-

entschied man sich erneut für Heizöl, anstatt Biomasse (beispielsweise Holzpellets) in Betracht zu ziehen.

→ [Holzpellets auf Wittringen](#)

Auf unseren Antrag stellte der regionale Leiter des BioRegion- Vorhabens das Projekt im Umweltausschuss vor. Demnach könnten mit dem Bioenergie- potenzial der durch die Stadt bewirtschafteten Flächen (Wald und Grünflächen) rund 100 Haushalte mit Energie und Wärme versorgt werden.

Den ersten Schritt in Sachen Biomassenutzung wird der Zentrale Betriebshof Gladbeck (ZBG) machen. Nach der Diskussion um die Beheizung des Schlosses Wittringen und unserer nachhaltigen Kritik hierzu wird nun der Neubau des Betriebshofes an der Ellinghorster Straße durch Holzhackschnitzel mit Wärme versorgt.

Darüber hinaus blieb die Verwaltung aber die Frage schuldig, wie sie die Bioenergienutzung weiter fördert. Weder seien in Neubaugebieten Nahversorgungssysteme geplant (Blockheizkraftwerke), noch werde für die Biomasseverwertung geworben. Positive Beispiele findet man wieder in der Nachbarschaft. In Gelsenkirchen wird beispielsweise ein Gemeindehaus und 17 angrenzende Wohnungen durch ein mit Pflanzenöl betriebenes BHKW mit Strom und Wärme versorgt.

→ [BioRegion-Antrag](#)

→ [Vortrag über BioRegion \(pdf\)](#)

Energieeffizientes Zechenhaus

Eine Chance für mehr Energieeffizienz und den Einsatz regenerativer Energien bietet die Privatisierung unserer Bergarbeitersiedlung. Die Veräußerung der Zechenhäuser an die jeweiligen Mieter löst erfahrungsgemäß eine regelrechte Sanierungs- und Renovierungswelle aus. Hier kann man die neuen Immobilieneigentü-

zung innovativer Projekte zur nachhaltigen energetischen Nutzung von Biomasse erfolgen. Im Projektbericht heißt es: „Erneuerbare Energien sind für eine nachhaltige Regionalentwicklung besonders dann interessant, wenn die bereitgestellten Energie- und Stoffströme vor Ort erwirtschaftet und genutzt werden können. Da die Wirtschaftsentwicklung in der Region momentan durch einen Rückgang an Arbeitsplätzen gekennzeichnet ist, bietet die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien eine Möglichkeit, diesem Trend entgegenzuwirken.“

Aktivitäten in dieser Richtung waren uns bis dato in Gladbeck jedoch nicht bekannt. Im Gegenteil: Als die Heizungsanlage im Schloss Wittringen ausgetauscht werden musste,



Nicht nur konservieren, sondern den Gartenstadtgedanken innovativ weiterentwickeln

(Fortsetzung von Seite 10)

mer durch Beratung auf Möglichkeiten einer optimierten Wärmedämmung und einer nachhaltigen Versorgung mit Energie und Wärme hinweisen.

Als Mitte 2005 der Siedlungsbereich Brauck A unter Denkmalschutz gestellt wurde, plädierten wir für eine Modernisierung des Gartenstadtgedanken. Zentraler Grundgedanke der Gartenstadtphilosophie waren ein friedliches und soziales Umfeld und hygienische Wohnverhältnisse in einer durchgrünten Stadt. Durch Nutzgärten sollten die Bewohner die Möglichkeit haben, sich selbst zu versorgen. In diesem Sinne wollten wir nicht einfach nur das Erscheinungsbild der Gartenstadt vom Anfang des letzten Jahrhunderts durch Denkmalschutzauflagen konservieren, als hätten sich die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse in den dazwischen liegenden 100 Jahren nicht verändert. Unser Vorschlag war, den Gartenstadtgedanken innovativ weiter zu entwickeln und die Philosophie auf unsere modernen Lebensverhältnisse zu übertragen.

Heute werden die Gärten in erster Linie zur Erholung genutzt. Die Menschen müssen ihr Gemüse nicht mehr selber anbauen oder Ziegen und Hühner halten. Gleichwohl benötigt jedes Haus Energie, Wärme und Wasser. Entsprechend der ursprünglichen Tradition könnten sich die Bewohner der Siedlung ihre Autonomie bewahren, indem sie sich mit diesen Gütern selbst versorgen und dabei gleichzeitig sparen. Auch hier wollten wir nur Möglichkeiten aufzeigen und

Perspektiven eröffnen. Wer ohnehin sein Dach neu eindeckt, könnte mit entsprechenden Zuschüssen vielleicht auch Solarkollektoren auf seinem Dach auslegen. Gleiches gilt für die Fassaden. Wer seinen Hausanstrich erneuert, wird sich zuvor über die Wärmeisolierung Gedanken machen. Wenn das Nachbarschaftsgefüge in der Gartenstadtsiedlung so stark ausgeprägt ist, ergibt sich vielleicht sogar die Chance, dass sich ein ganzes Quartier gemeinsam über eine eigene, moderne Holzfeuerungsanlage mit Wärme oder mit einem Blockheizkraftwerk mit Energie versorgt. Auch hierfür gibt es Fördermittel von Land und Bund.

Unsere Anregung, die Immobilieneigentümer über diese Fördermöglichkeiten zu informieren, Informationsveranstaltungen gemeinsam mit der Energieagentur NRW zu organisieren, wurde leider nicht aufgegriffen. Gleichwohl war das Interesse sehr hoch. Nach unseren Presseberichten fragten viele Bürger in unserem Büro nach Informationsmaterialien an. Auch im runden Tisch Brauck wurde das Interesse an energieeffizienten Gebäudesanierungen und Fördermitteln artikuliert.

→ [Greenplease 04/2005 \(pdf\)](#)

→ [Gartenstadt Brauck A](#)

Fazit

Die Energiewende vor Ort kommt nur langsam in Fahrt. Aber wir bleiben am Ball: Global denken – lokal handeln!

Atomkraft im World-Wide-Web

Im Netz stehen eine Vielzahl von Informationen zur Tschernobyl-Tragödie, zur Atomkraft und zur Energiewende zur Verfügung. Auf ausgewählte Seiten wollen wir an dieser Stelle aufmerksam machen.

Herbert eingehend mit den Argumenten für eine Laufzeitverlängerung der Atommeiler auseinander.

→ [Studie der H.-Böll-Stiftung](#)

Atom-Sackgasse

Die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) hat eine Kampagnenseite - "Sackgasse Atomenergie" aufgelegt:

→ [Kampagnenseite der IPPNW](#)

Unendlich viel Energie

Einen umfassenden Überblick über Erneuerbare Energien, von Windkraft bis Solar, von Erdwärme bis Bioenergie, bietet das Infoportal [unendlich-viel-energie.de](#)! In Online-Videos werden die alternativen Energieträger vorgestellt.

→ [Online-Videos](#)

Kommunale Strategien:

Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet umfangreiche Informationen zur Nutzung alternativer Energien und zur Einleitung der Energiewende vor Ort.

→ [Kommunal „Weg vom Öl“](#)

Ausgestrahlt

Das Aktionsbündnis von BUND und X-tausendmal quer...

→ [www.ausgestrahlt.de](#)

Themenspecial der Bundestagsfraktion



In einem Themenspecial widmet sich die grüne Bundestagsfraktion dem 20sten Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe.

→ [Themenspecial](#)

→ [Zeitschrift \(pdf, 2,7 MB\)](#)

Ein Risiko kehrt zurueck



Auf 32 Seiten informiert die GRÜNE JUGEND über die

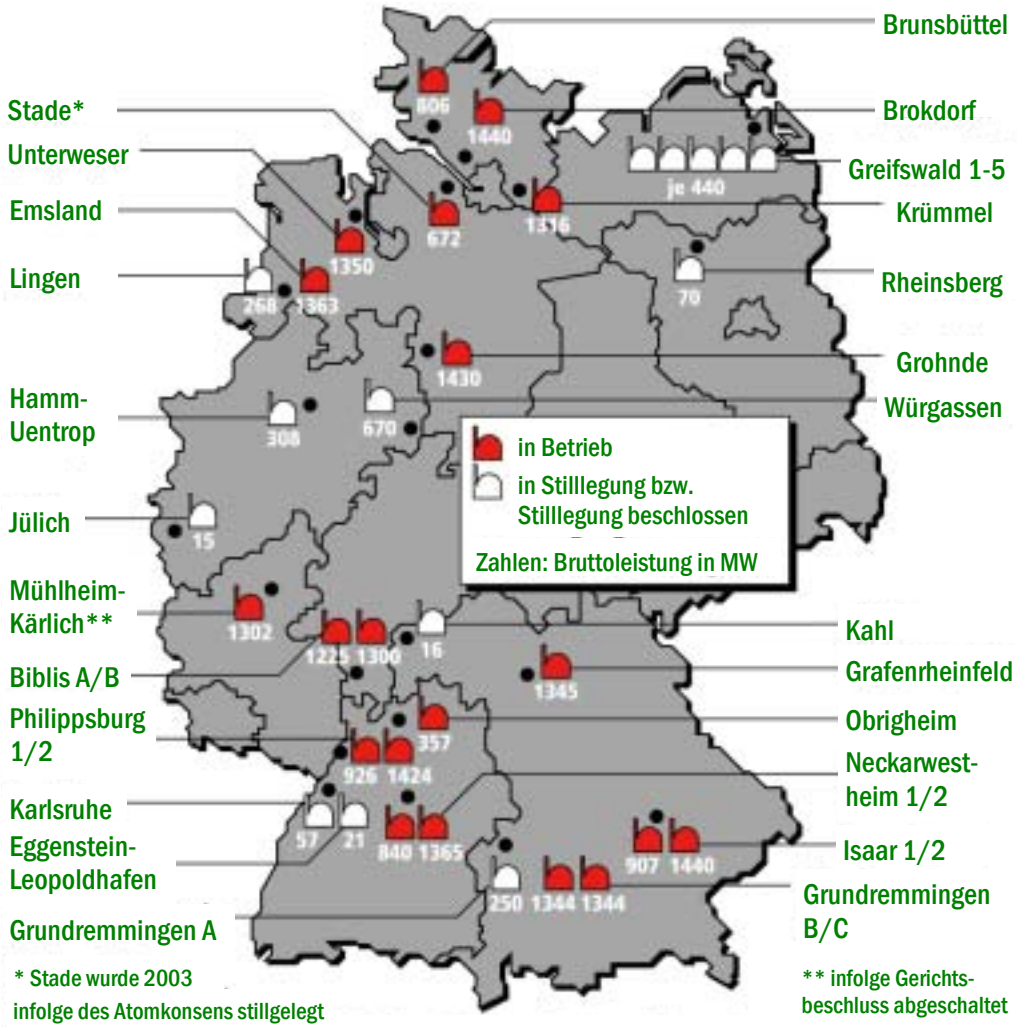
Technik, Geschichte und aktuelle Entwicklungen in der Atompolitik. Mit der vorliegenden Broschüre will sie über die Risiken und Probleme der Atomkraft aufklären. Aber sie will auch dazu anstacheln, Protest zu leisten gegen die angebliche Renaissance der Atomkraft.

→ [Atomkraft – Ein Risiko...](#)

Mythos Atom

In einer aktuellen Studie setzen sich Felix Chr. Matthes (Energieexperte am Öko-Institut) und Beate Kallenbach-

Atomkraftwerke in Deutschland



mie bei Kindern. Von 1985 an verteilen sich Korrosionsprodukte von Brennelementen im Kühlkreislauf und führen zu erhöhter Strahlenbelastung des Personals. 1993: An Rohren der Kühlwasserzufuhr werden Risse entdeckt. 1998: An den Steuerstabsdurchführungen im Druckbehälter haben sich zwei Sicherungsmuttern gelöst.

Unterweser

Betrieb bis ca. 2013
Leistung: 1350 MW
In Betrieb seit: 1978
Eigentümer: E.ON
Atom Müll bisher: 588 t

Skandale: 1998: Nach einer Reparatur geht der Reaktor aus Versehen mit gesperrten Sicherheitsventilen an einer Hauptdampfleitung in Betrieb. Der Fehler in dem zentralen Sicherheitssystem wird nur durch Zufall erkannt. 1999: Ein Leck an einem Stutzen der Hauptkühlmittelleitung führt zu erhöhter Radioaktivität in den Kraftwerksräumen. Der Reaktor wird abgeschaltet.

Lingen

Betrieb bis ca. 2022
Leistung: 1363 MW
In Betrieb seit: 1988
Eigentümer: VEW (75 Prozent), RWE (12,5 Prozent), E.ON (12,5 Prozent)
Atom Müll bisher: 365 t

Skandale: 1988: Irregeleitet durch eine fehlerhafte Beschriftung zieht ein Prüfer einen falschen Stecker und öffnet so ein Abblaseventil am Druckhalter im zentralen Kühlkreislauf. Wäre die Panne nicht bemerkt worden, hätte Kühlmittel austreten können.

Grohnde

Betrieb bis ca. 2019

(Fortsetzung auf Seite 13)

Abb.: „Atomkraftwerke in Deutschland“ (Quelle: BMU Umwelt 3/99; DGB einblick; eigene Bearbeitung)

Brunsbüttel

Betrieb bis ca. 2019
Leistung: 806 MW
In Betrieb seit: 1976
Eigentümer: E.ON (33 Prozent), HEW (67 Prozent)
Atom Müll bisher: 290 t

Skandale: Wegen verschiedener Pannen und Mängel ist der Reaktor insgesamt sechseinhalb Jahre außer Betrieb. 1978: Durch ein Leck entweichen zwei Tonnen radioaktiver Dampf. Der Reaktor läuft noch fast drei Stunden weiter, obwohl er innerhalb von fünf Minuten automatisch hätte abgeschaltet werden müssen. 1989: Bei einer Prüfung wer-

den Risse an Rohren des Kühlsystems entdeckt. 2001: Eine Wasserstoffexplosion zerfetzt rund drei Meter Rohrleitung direkt am radioaktiven Herzen des Reaktors. HEW behauptet, es sei lediglich ein Flansch undicht geworden und bleibt zwei Monate untätig.

Brokdorf

Betrieb bis ca. 2022
Leistung: 1440 MW
In Betrieb seit: 1986
Eigentümer: E.ON (80 Prozent), HEW (20 Prozent)
Atom Müll bisher: 335 t

Skandale: 1988: Die Kupplungen der vier Notspeise-

Dieselmotoren weisen verschiedene Mängel auf. 1993: Weil aus einem Reinigungssystem Schwefelsäure in den sekundären Kühlkreislauf fließt, muss die Anlage abgeschaltet werden. 1995: Es werden 25 undichte Brennelemente entdeckt.

Kruemmel

Betrieb bis ca. 2019
Leistung: 1316 MW
In Betrieb seit: 1983
Eigentümer: E.ON (50 Prozent), HEW (50 Prozent)
Atom Müll bisher: 387 t

Skandale: In der Umgebung häufen sich Fälle von Leukä-

(Fortsetzung von Seite 12)

Leistung: 1430 MW

In Betrieb seit: 1984

Eigentümer: E.ON (50 Prozent), Gemeinschaftskraftwerk Weser (50 Prozent)

Atommüll bisher: 420 t

Skandale: 1985: Das Hochdruck-Notkühlsystem ist nicht einsatzfähig, weil eine der vier Pumpen Gas statt Wasser entläßt. Ein Leck im Primärkühlkreislauf hätte somit zur Kernschmelze führen können. **1990:** Während der Revision werden 18 beschädigte Zentrierstifte entdeckt. Die Stifte sollen verhindern, dass sich Brennelemente verschieben; dies würde die Reaktorsteuerung beeinträchtigen.

Grafenrheinfeld

Betrieb bis ca. 2016

Leistung: 1345 MW

In Betrieb seit: 1981

Eigentümer: E.ON

Atommüll bisher: 522 t

Skandale: 2000: Ein Brand beschädigt den Motor einer Hauptkühlmittelpumpe.

Biblis A

Betrieb bis ca. 2009

Leistung: 1225 MW

In Betrieb seit: 1974

Eigentümer: RWE

Atommüll bisher: 630 t

Skandale: 1987: Ein Ventil im Primärkreislauf klemmt und bleibt offen. Als der Fehler nach 15 Stunden auffällt, öffnet die Crew ein zweites Ventil, um das erste durchzuspülen, statt den Reaktor sofort abzuschalten. Bei dem gefährlichsten Störfall der 80er Jahre treten 107 Liter radioaktives Kühlwasser aus. **1991:** Die Aufsichtsbehörde fordert 55 Nachrüstungen, erfolgt sind bislang nur wenige davon.

Biblis B

Betrieb bis ca. 2011

Leistung: 1300 MW

In Betrieb seit: 1976

Eigentümer: RWE

Atommüll bisher: 603 t

Skandale: Trotz wiederholter Nachrüstung noch Schwachstellen, etwa mangelnde Erdbebensicherheit. **1999:** Aus einem Leck im Primärkreislauf tritt radioaktives Wasser aus.

Philippsburg 1

Betrieb bis ca. 2015

Leistung: 926 MW

In Betrieb seit: 1979

Eigentümer: Energie Baden-Württemberg (EnBW)

Atommüll bisher: 385 t

Skandale: 1980: Kurz nach der Inbetriebnahme müssen etliche Rohrleitungen ausgetauscht werden. **1983:**

„Wenn der Neandertaler Atomkraft gehabt hätte, müssten wir heute noch für deren Müll sorgen.“ (Jürgen Trittin)

Wegen Lecks in etwa 20 Brennelementen gelangt radioaktives Jod-131 in die Umwelt. **1992:** Nach einer Schnellabschaltung versagt ein Frischdampf-Isolationsventil. **1996:** 17 der 145 Steuerstabantriebe erweisen sich als nicht einsatzfähig, weil falsche Relais eingebaut worden sind. **2001:** Das Betriebspersonal fährt den Reaktor an, obwohl das Notkühlsystem nicht funktionsfähig ist.

Philippsburg 2

Betrieb bis ca. 2019

Leistung: 1424 MW

In Betrieb seit: 1984

Eigentümer: Energie Baden-Württemberg (EnBW)

Atommüll bisher: 436 t

Skandale: 1987: Durch ein Versehen werden die Notdieselmotoren vom Reaktorschutzsystem abgeklemmt. Der Fehler fällt erst nach 15 Stunden auf. **1998:** Die Pumpen im nuklearen Nachwärmeabfuhrsystem erweisen sich als unzureichend gegen Überhitzung gesichert.

Neckarwestheim 1

Betrieb bis ca. 2010

Leistung: 840 MW

In Betrieb seit: 1976

Eigentümer: Neckarwerke Stuttgart (70 Prozent), Deutsche Bahn (18 Prozent), EnBW (9 Prozent)

Atommüll bisher: 455 t

Skandale: Diverse Werkstoffprobleme bei Brennelement-Zentrierstiften und den Schrauben der Kernumfassung. **1992:** Das Reaktorschutzsystem fällt für eine halbe Stunde aus, weil Hochspannungssignale in die Kabel eingespeist wurden. **1996:** Die Schmierölversorgung bei zweier vier Notspeisepumpen funktioniert mangelhaft.

Neckarwestheim 2

Betrieb bis ca. 2023

Leistung: 1365 MW

In Betrieb seit: 1989

Eigentümer: Neckarwerke Stuttgart (70 Prozent), Deutsche Bahn (18 Prozent), EnBW (9 Prozent)

Atommüll bisher: 305 t

Skandale: Wie auch bei Block 1 ist die geologische Eignung des Geländes umstritten. **1990:** Ein Abblaseventil im Druckhalter öffnet sich fälschlich. **1994:** Es wird entdeckt, dass an drei der acht Druckspeicher im Notkühlsystem Messleitungen falsch montiert sind.

Gundremmingen B

Betrieb bis ca. 2018

Leistung: 1344 MW

In Betrieb seit: 1984

Eigentümer: RWE (75 Prozent), E.ON (25 Prozent)

Atommüll bisher: 460 t

Skandale: Immer wieder treten - wie auch in Block C - Probleme mit den Sicherheits-

und Entlastungsventilen auf.

Gundremmingen C

Betrieb bis ca. 2020

Leistung: 1344 MW

In Betrieb seit: 1984

Eigentümer: RWE (75 Prozent), E.ON (25 Prozent)

Atommüll bisher: 443 t

Skandale: 1987 und 1988 lösen verklemmte Vorsteuerventile jeweils die Schnellabschaltung des Reaktors aus. **1998:** Die Schweißnaht einer Speisewasserleitung reißt, Kühlwasser tritt aus.

Isar 1

Betrieb bis ca. 2014

Leistung: 907 MW

In Betrieb seit: 1977

Eigentümer: E.ON (100 Prozent)

Atommüll bisher: 435 t

Skandale: 1981: Etliche Rohrleitungen müssen ausgetauscht werden. **1989:** Der Teleskoparm der Brennelemente-Wechselmaschine versagt und beschädigt ein Kugellager. 69 Kugeln fallen in den Reaktorbehälter, nur 60 werden gefunden. **1991:** Vier Umwälzpumpen im Kühlwasserkreislauf fallen aus, es kommt zu unvorhergesehenen Schwankungen der Reaktorleistung. **2001:** Ein AKW-Mitarbeiter brüstet sich damit, die Gutachter des TÜV hinter das Licht zu führen. E.ON entläßt den Mitarbeiter.

Isar 2

Betrieb bis ca. 2023

Leistung: 1445 MW

In Betrieb seit: 1988

Eigentümer: E.ON (75 Prozent), Stadtwerke München (25 Prozent)

Atommüll bisher: 320 t

Skandale: 1999: An einem Notstromgenerator tritt eine Störung auf.

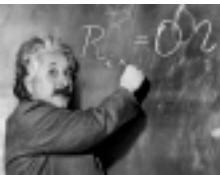
Quelle: www.greenpeace.de
Stand: 5/2002



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



*„Die Kernspaltung hat
alles verändert, nur nicht
die Art unsers Denkens.
Und deshalb bewegen wir
uns auf eine Katastrophe
ohnegleichen zu.“ (Albert Einstein)*

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Der Verein „Lebenszeichen Tschernobyl“ hilft

Seit 1991 sammelt der Verein "Lebenszeichen Tschernobyl" - unter anderem unterstützt von Pax Christi und dem Stadtkatholikenausschuss Gladbeck - Hilfsgüter für die Notleidenden in Mosyr.

In der Sammelstelle, die sich im Untergeschoss der Maschinenhalle Zweckel an der Frentroper Straße befindet, können Kleiderspenden und Hilfsgüter abgegeben werden, die der Verein auf eigenständigen Transporten nach Mosyr bringt. Mosyr liegt am Fluss Prypjat (Pripjet) nahe dem Sperrgebiet, das in Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl eingerichtet wurde.

Allein im Jahr 2004 brachte die Hilfsgemeinschaft in acht Transporten mit 12 Fahrzeugen ca. 110 Tonnen Hilfsgüter

im Wert von 120.000 Euro in die weißrussische Stadt. Darunter 11.000 Kartons mit Kleidung, Schuhen und Pflegemitteln. Des Weiteren: 180 Fahrräder an Helferinnen und kinderreiche Familien, 109 Nähmaschinen an Nähstuben, Schulen und Familien, 45 generalüberholte Waschmaschinen der GAFÖG (gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft) an Kindergärten, Krankenhäuser und Familien, 16 Rollstühle und Toilettenstühle an Behinderte, 53 Betten an kranke Invaliden und kinderreiche Familien sowie 90 Kinderwagen an Familien und Alleinerziehende.

Gern angenommen werden auch gebrauchte PCs (Windows 98, ab 200 MHz) zur Erleichterung logistischer Aufgaben und natürlich Geld-

spenden etwa für den Kauf von Arzneimitteln und für diverse Sonderaktionen. Im Rahmen dieser Aktionen ermöglicht der Verein Kindern aus sozial schwachen Familien in Weißrussland mehrwöchige Erholungs-Aufenthalte oder finanziert Familien ein tägliches Essen in den Werkskantinen.

Wer den Verein bei dieser Arbeit unterstützen will, kann auf das folgende Konto eine Spende überweisen:

Katholischer
Gemeindeverband Gladbeck
KtoNr. 82 982 bei der
Sparkasse Gladbeck
BLZ 424 500 40
Stichwort: Tschernobyl.
(mit Absenderangabe wg.
Spendenquittung).



Die Sammelstelle des Vereins befindet sich in der Maschinenhalle